

Rede

des Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
Professor Dr. Peter Strohschneider,
anlässlich des Neujahrsempfangs der DFG
Berlin, 16. Januar 2017

- Sperrfrist für alle Verwendungen: 16. Januar 2017, 18:00 Uhr -
- Es gilt das gesprochene Wort! –

Die Gesellschaft der Wissenschaft – und warum für sie gestritten werden muss

1.

Zusammen mit unseren europäischen Nachbarn leben wir in der reichsten, freiesten und friedfertigsten Gesellschaft, die es in der Geschichte menschlicher Zivilisationen gegeben haben dürfte. Rück- und Ausblicke zum Jahreswechsel allerdings geben davon derzeit wenig zu erkennen. Der Journalismus behilft sich mit einer Kategorie für Kriminalromane: Es werde ‚alle-mal spannend‘ bleiben. Doch unüberhörbar ist der Wunsch, das neue Jahr möge möglichst wenig von dem wiederbringen, was für 2016 prägend gewesen war.

Dazu gehören gewiss Staatsschuldenproblem und Legitimationskrise der Europäischen Union, Migration und islamistischer Terrorismus. Prägend indes war vor allem, dass sich diese Schwierigkeiten zusammen mit anderen, mit *global warming*, Kriegen, geopolitischen Machtverschiebungen unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung zu einem sozialen Klimawandel ganz eigener Art verdichten: Die Temperatur unserer Gesellschaft ist gestiegen. Es macht sich – befeuert durch die, man muss sagen: asozialen Medien – eine Vulgarisierung des Sozialen breit, die den gelassenen Pluralismus der liberalen Gesellschaft und ihre Integration in öffentlichem Diskurs und rationaler Streitkultur selbst gefährdet. Es verschieben sich die Grenzen zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen. Das Funktionieren der Unterscheidung von Wahrheit und Lüge droht sich zu verändern.

Und damit geht eine riskante Tribalisierung einher: ein Auseinanderdriften der Gesellschaften in erhitzte Gemeinschaften, die sich davon entpflichtet fühlen, einander noch differenziert wahrnehmen und darin den komplexen Pluralismus der kühlen Moderne anerkennen zu müssen. Man kann das an der Sprache beobachten. ‚Volk‘ ist für viele längst kein Begriff mehr für den integrativen Pluralismus der Bürgergesellschaft. Es dient vielmehr zur Leitphrase eines identitären Ethnizismus, welcher alles Soziale gegen jede Evidenz als homogene Gemeinschaft auffasst und diese antipluralistische Auffassung mit der notfalls gewaltsamen Exklusion dessen durchsetzen will, was ihn irgend irritierend, unvertraut, fremd dünkt.

Und wie auf der Seite der Gesellschaft, so auf derjenigen des Staats: Auch in unserer Republik wird von ‚Referendum‘ geredet, nicht um der repräsentativen Demokratie zusätzliche Legitimität zu erschließen, sondern um sie als ‚System‘ von ‚Eliten‘ zu denunzieren. Nicht allein bei der sogenannten ‚Alternative für Deutschland‘ kündigt sich rhetorisch die Bedrohung demokratischer Verfassungsstaatlichkeit durch autokratischen Caesarismus und nationalpopulistischen Machtwillen an. Gefährlich oft ist sie längst mit Händen zu greifen: in Polen und den Niederlanden, in Ungarn, Großbritannien und den USA, in Russland, der Türkei oder auf den Philippinen. Unter anderem das Brexit-Referendum und der US-Wahlkampf haben mit aller Drastik politische und gesellschaftliche Gefährdungslagen vor Augen geführt, welche die Wissenschaften nicht unberührt lassen werden. Und welche sie in die Verantwortung nehmen! Was für freie und produktive Wissenschaften öffentlich getan werden muss, ist häufig besprochen. Die komplementäre Verantwortung der Wissenschaften für Gesellschaft und Staat wird viel zu oft schlagwortartig auf ‚Wachstumsinnovationen‘ und *grand challenges* reduziert.

2.

Pluralistische Gesellschaft und konstitutionelle Demokratie setzen auf die öffentliche Prüfung von Argument und Gegenargument. Historisch gehören sie mit der Entstehung der modernen Wissenschaften zusammen. Und in systematischer Hinsicht zählen sie zu ihren Voraussetzungen. Dass aber diese Voraussetzungen fraglos gegeben seien, dies lässt sich an dieser Jahreswende nicht mehr ohne Weiteres einfach unterstellen.

Denn einerseits erodieren die Bestände verbindlich geteilten Wissens. Sie tun es mindestens in den Echokammern, Erregungswellen und Verschwörungsszenarien, zu denen öffentliche Diskurse transformiert werden durch die Mechanismen von Netzkommunikation; nicht zu Unrecht hat man „eine ernste Wahrheitskrise“ (Bernhard Pörksen) diagnostiziert. Zugleich gibt es

auf der anderen, der politischen Seite Kampfformen, die – mindestens rhetorisch an die Weimarer Republik erinnernd – gesellschaftliche Auseinandersetzungen inszenieren als ‚Notwehr‘ einer Volksgemeinschaft gegen das ‚System‘, seine ‚Altparteien‘ und ‚Eliten‘ sowie deren ‚Lügenpresse‘. Wahrheitskrise und soziale Konfliktverschärfung heizen sich wechselseitig auf im Schmähwort vom ‚Experten‘. Dessen Wissen scheint einfach als dasjenige einer ‚Elite‘ schon desavouiert. Das ‚Volk‘, so geben die Populisten zu wissen vor, habe daher von den ‚Experten‘ definitiv genug.

Diese jüngste Version „der Dialektik der Aufklärung, daß [nämlich] gute Argumente gebildeter Personen zu Ressentiments gegen Bildung und gute Argumente führen“ (Karsten Fischer), kennzeichnet die Lage auch der Wissenschaften. Sie müssen also – schon um ihrer selbst willen – für die aufgeklärte Gesellschaft und den demokratischen Verfassungsstaat streiten. Wie können sie das aber, wenn das Gebildetsein, wenn das Argumentieren und die wissenschaftliche Expertise selbst verächtlich werden sollten? Einfach, wie bisher, stets mehr Expertise und mehr Geld für noch mehr Expertise zu fordern, das wird nicht helfen. Was aber dann?

Wie immer wir diese Frage zu beantworten versuchen, jedenfalls werden die Wissenschaften nichts ausrichten können ohne gesellschaftliches Vertrauen in sie: in die Seriosität von Wissenschaft, in die Verantwortungsfähigkeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

Das sagt sich leicht. Doch ist Vertrauen ein komplexer Sachverhalt. Es kann sich nur allmählich einstellen, es braucht dafür Zeit und bleibt fragil. Wir dürfen daher nicht übersehen, dass die Wissenschaften mit wachsender Beschleunigung an der Umgestaltung der Welt mitwirken und dass diese Umgestaltung sich längst nicht mehr simpel und ambivalenzfrei als Fortschritt erzählen lässt. Moderne Technologien können mächtige Instrumente einer radikalen Umverteilung von Macht und Lebenschancen sein. Dabei wird es auch Verlierer geben. Was sollte ihnen Vertrauen in die Wissenschaft einflößen können? Und wüssten wir auf diese Frage anders zu antworten als damit, dass die Verwissenschaftlichung der Welt nun einmal nicht rückgängig zu machen ist?

3.

Wissenschaft und Forschung machen es der Gesellschaft nicht immer leicht, ihnen zu vertrauen; und solche Vertrauenserschwernisse begegnen keineswegs allein dort, wo wissenschaftliche Laxheit oder Fehlverhalten öffentlich bemerkt werden. Hiervon ist *auch*, vielleicht

gerade bei einem wissenschaftspolitisch akzentuierten Neujahrsempfang zu sprechen. Ich tue das unter den drei Stichworten Verheißungen, Macht und Widersprüche.

Zunächst zu den Verheißungen: Die gesellschaftlichen Leistungserwartungen gegenüber den Wissenschaften steigen. Das ihnen entgegengebrachte Vertrauen wächst kaum in gleichem Maße. Und das hat Folgen. Wissenschaft, zumal wenn sie öffentlich getragen wird, muss ja gesellschaftlich rechtfertigungsfähig sein – und in Finanzverteilungskämpfen politisch durchsetzbar. So wächst der Druck, den direkten und kurzfristigen *Societal Impact* von investierten Mitteln nachzuweisen. Und es liegt nahe, dass Wissenschaft darauf reagiert mit Versprechungen möglichst sofortigen praktischen Nutzens – von der Schaffung von Arbeitsplätzen über die Besiegung der großen Volkskrankheiten bis zur Rettung der Welt überhaupt. Doch spielt sich eben so eine Überbietungsspirale von Impact-Anforderungen und Impact-Verheißungen ein, welche gesellschaftliches Vertrauen in Forschung weniger festigt, als vielmehr zu ruinieren droht. Die Hoffnung auf Erlösung von allem Bösen und das ewige Leben können die Wissenschaften nur enttäuschen.

Wenn es ums Vertrauen in sie geht, ist zweitens von Macht zu reden: Einerseits ist moderne Forschung verleitet, sich selbst zu ermächtigen gegenüber anderen Wissensformen etwa des Alltags, der Sinnstiftung, der Politik oder der Normativität, die sie doch keineswegs ersetzen kann. Andererseits ermöglicht wissenschaftliche Erkenntnis auf unterschiedlichen Feldern – wie digitale Algorithmik oder Datenkapitalismus, wie synthetische Biologie oder Genome Editing – so enorme private Machtansammlungen, dass diese von demokratischer Politik allenfalls teilweise noch kontrolliert werden können. Es steht also auch die „Demokratiefähigkeit von Technologien“ (Klaus Töpfer) infrage, und ohne deren Beantwortung bleibt gesellschaftliches Vertrauen in die Wissenschaften schwer denkbar.

Schließlich sollten, drittens, auch die Unabgestimmtheiten, ja Widersprüche nicht verschwiegen werden, in denen sich unsere wissenschaftspolitischen Diskurse immer wieder verheddern und unter denen die Vertrauenswürdigkeit von Wissenschaft gleichfalls leidet. So behaupten wir, nur beispielsweise, zugleich die *Verlässlichkeit* wissenschaftlichen Wissens *und* seine *Falsifizierung* durch künftigen Erkenntnisfortschritt; so erklären wir solches Wissen zum *wichtigsten Faktor* ökonomischer Prosperität, uns selbst aber als *unzuständig* für die Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsform; so betonen wir die konstitutive *Internationalität* von Wissenschaft zum Zwecke der *nationalen* Wettbewerbsfähigkeit. Und so weiter.

Solche Vertrauenserschwernisse spielen im Verhältnis der Wissenschaften zu Gesellschaft und Politik eine Rolle. Es gibt Glaubwürdigkeitsprobleme, die sich als Folge umkehrbarer Fehlentwicklungen korrigieren ließen. Andere Erschwernisse hat es immer gegeben, sie *müssen* geradezu sein: Der Abstand zwischen einer praktischen und einer methodisch forschenden Einstellung zur Welt, zwischen dem Alltagswissen und den *frontiers* der Forschung ist nun einmal ebenso enorm wie die Abstraktheit und Komplexität neuer Forschungsergebnisse. Und so wird es wohl dabei bleiben, dass moderne Wissenschaften gesellschaftliches Vertrauen in Anspruch nehmen müssen. Worin freilich eine Paradoxie steckt: Vertrauen heißt hier ja der Glaube ans Wissen und die Erkenntnisfähigkeit eben jener Wissenschaften, die aus dem bloßen Glauben müssen gerade herausführen wollten. Insofern ist alles beim Alten.

Neu ist hingegen und besorgniserregend, dass und wie sich die weithin grassierenden Populismen solche Konstellationen zunutze machen. In ihrem Schatten verwischen sie Grenzen zwischen *facts* und *fakes*. Die populistische Entgegensetzung von ‚Volk‘ und ‚Eliten‘ wird mit den Glaubwürdigkeitsproblemen der Wissenschaften ausstaffiert. Offene Wissenschaftsfeindlichkeit und öffentliche Reflexivitätsverachtung bedienen sich ihrer als einer Krücke: ein Anti-Intellektualismus, der mit den Wissenschaften die Differenziertheit öffentlicher Diskurse und rationalen Streitens im Blick hat, tatsächlich aber zugleich auf die pluralistische Gesellschaft und ihre republikanische Verfassung als freiheitliche Demokratie zielt.

4.

Für diese Gesellschaft und ihren Staat, so hatte ich gesagt, würden die Wissenschaften ohne gesellschaftliches Vertrauen allenfalls kraftlos streiten können. Was also ist ihre Verantwortung in diesem Streit, der das vergangene Jahr in vielen Ländern auf das Beunruhigendste geprägt hat und der auch 2017 in aller Schärfe geführt werden wird? Was ist die Verantwortung der Wissenschaft und wie kann sie ihr gerecht werden?

Die Frage ist schwierig. Denn es hülfe ja nichts, wenn wir als „Protagonisten einer Deutungselite nur angewidert auf die Schmuttelkinder des Diskurses zeigen“ (Bernhard Pörksen) würden; wenn wir mit dem falschen Schlagwort vom ‚postfaktischen Zeitalter‘ die gesellschaftliche Polarisierung weiter anheizten, anstatt den Anspruch auf präzise Argumentativität aufrechtzuerhalten. Nutzlos auch, sozusagen mit dem Fuß aufzustampfen und zornig zu beteuern: Es *braucht* doch unsere Expertise! Es *gibt* aber Fakten! Der politische Einsatz von Lüge und Denunziation ließe sich dadurch ja kaum eindämmen.

Man muss also anders ansetzen. Wenn wir genau wüssten, wie, dann wäre die Lage weniger beunruhigend. Zugleich dürfte die Erwartung einfacher Rezepte und definitiver Lösungen naiv sein. Konfliktlagen wie die populistische Aufheizung gesellschaftlicher Prozesse sind dafür bei Weitem zu komplex. Dennoch lassen sie sich bearbeiten. Und dabei gibt es auch für Wissenschaft und Wissenschaftspolitik Handlungschancen.

Sie zeichnen sich überall dort ab, wo die Wissenschaften selbstbewusst von dem Sachverhalt ausgehen dürfen, dass sie eine spezifische Indirektheit des Weltverhältnisses pflegen: Forschung nimmt Abstand von ihren Gegenständen, eben um sie erkennen zu können. Sie setzt die Bereitschaft voraus – und im akademischen Studium muss diese Bereitschaft kultiviert werden –, sich durch die Welt und das, was andere über die Welt wissen, produktiv irritieren zu lassen. Eben deswegen können und müssen die Wissenschaften für die pluralistische Gesellschaft und ihren demokratisch-repräsentativen Verfassungsstaat streiten. Auch diese sind ohne die „Werte der Indirektheit“ und ein „Recht auf Distanz“ (Helmuth Plessner) nicht möglich.

Streiten aber heißt hier vor allem, dass denen, die die Wissenschaften tragen, klar ist und dass sie klar machen: Es reicht nicht, wissenschaftliches Wissen einfach bereitzustellen. Dieses muss vielmehr auch außerhalb des Forschungssystems in seinem methodischen Zustandekommensein ausgewiesen werden. Die Wissenschaften sind, mit dem Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen gesprochen, sozusagen auf eine „Aufklärung zweiter Ordnung“ verpflichtet: Die gesellschaftliche Kommunikation wissenschaftlichen Wissens, ob öffentlich oder im vertraulichen Expertenrat, sie muss stets die Perspektivität und Selektivität dieses Wissens mitkommunizieren; dann kann sie auch die vorhin angesprochenen Glaubwürdigkeitsprobleme abbauen und dem Arsenal populistischer Denunziationen entziehen. Forscherexpertise ist immer partikular und allein dann vertrauenswürdig, wenn sie dies auch sagt: wenn sie sich als Element jener pluralistischen Vielstimmigkeit der Wissenschaften zu erkennen gibt, die den Pluralismus moderner Gesellschaften mitträgt und die ihn erträglich macht.

Es lässt sich auffächern, was das konkret bedeuten würde, nämlich: Seriosität und Bescheidenheit der Leistungsversprechungen auch dort, wo Wissenschaft gesellschaftlich begründungspflichtig ist. Es bedeutet zudem, dass präzise unterschieden wird zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis dessen, was der Fall *ist* einerseits, und andererseits dem gesellschaftlichen Diskurs über das, was der Fall *sein soll*. Und es bedeutet, dass die Wissenschaften Politik nicht ansprechen dürfen als eine Instanz, welche scheinbar eindeutige wissenschaftliche Vorgaben bloß administrativ zu exekutieren hätte. Politik ist mehr als Exekutive. Und die Vertrauenswürdigkeit der Wissenschaften beruht nicht zuletzt darauf, dass sie Distanz wahren

zu einer Technokratie und deren vermeintlichen Sachzwängen, die – wie Hannah Arendt unmissverständlich klar gemacht hat – „vom Standpunkt der Politik aus gesehen [...] despotisch“ ist. Pluralistische Gesellschaft und demokratischer Verfassungsstaat setzen nämlich voraus, dass das Politische verstanden wird als der verbindliche Ausgleich *streitiger* Interessen- und Deutungslagen. Forschung kann zu diesem Ausgleich beitragen durch die Beschreibung vernünftiger Alternativen des Handelns. Keineswegs kann sie zwischen solchen Alternativen entscheiden und diesen Ausgleich selbst stiften. Sie hat kein demokratisches Mandat.

5.

All dieses ernst genommen, ergäben sich ziemlich einschneidende Folgerungen für die Wissenschaftskommunikation. Und auch für die Art und Weise, in der etwa die Wissenschaftsorganisationen öffentlich und politisch für die Wissenschaften werben. Darüber sollten wir diskutieren. Unser Neujahrsempfang bietet dem eine Gelegenheit, und es ehrt die DFG – verehrte Parlamentarier, geschätzte Damen und Herren Ministerinnen, Senatoren und Staatssekretäre, sehr geehrte Exzellenzen, Magnifizenzen und Präsidentinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen – , dass Sie unserer Einladung zu Gespräch und Empfang gefolgt sind.

Wir *sollten* also diskutieren. Ja, wir *müssen* über die Problemlagen diskutieren, die ich heute zu umreißen versuchte, weil die Wissenschaft nicht nur für ihre eigene Finanzierung und Freiheit werben darf, sondern weil sie zugleich streiten muss für die pluralistische Gesellschaft und den demokratischen Verfassungsstaat, für die sie da ist und von denen sie getragen wird.

Und dabei dürfen wir optimistisch sein. Denn einbringen können die Wissenschaften ihr Eingebühtsein ins systematische aufgeklärte Denken und in den gelassenen Umgang mit Unvertrautem, mit Unbestimmtheit und Komplexität. Benötigt werden sie als Instanz des Insistierens auf dem Wahrheitskriterium, der kritischen Überprüfung von Wissensansprüchen, des Aufbrechens von Sachzwängen und der Eröffnung von Handlungs*alternativen*. Streiten aber müssen – und können! – wir für die pluralistische Gesellschaft und die konstitutionelle Demokratie, weil das zivilisierte, das kühl argumentierende und Alternativen anerkennende Streiten zum Wichtigsten gehört, was sich der populistischen Aufheizung des gesellschaftlichen Klimas entgensetzen lässt. Dieses Streitenkönnen ist die unhintergehbare und ermutigende Zumutung moderner Wissenschaften, freier Gesellschaften und legitimer Politik.

Ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns allen sehr, dass wir mit dieser Zumutung im neuen Jahr selbstbewusst reflexiv und erfolgreich umgehen können.

Zitatnachweise:

S. 2 „Wahrheitskrise“: Bernhard Pörksen, Die postfaktische Universität. In: Die Zeit Nr. 52, 16.12.2016, S. 70.

S. 3 „Dialektik der Aufklärung“: Karsten Fischer, Der Wahnsinn von Jahrtausenden. Der kalte Frieden als Hoffnungsschimmer. In: Kursbuch 188, Dezember 2016.

S. 4 „Demokratiefähigkeit von Technologien“: Klaus Töpfer, Die Frage ist: Kapitulieren wir? Interview in: Süddeutsche Zeitung Nr. 297 vom 23.12.2016, S. 6.

S. 5 „Protagonisten einer Deutungselite“: Bernhard Pörksen, Die postfaktische Universität. In: Die Zeit Nr. 52, 16.12.2016, S. 70.

S. 6 „Werte der Indirektheit“: Helmuth Plessner, Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus (1924). In: Ders., Gesammelte Schriften V: Macht und menschliche Natur. Frankfurt/Main 1981, S. 7-133, Zitate S. 26, 28.

S. 6 „Aufklärung zweiter Ordnung“: Bernhard Pörksen, Die postfaktische Universität. In: Die Zeit Nr. 52, 16.12.2016, S. 70.

S. 7 „Standpunkt der Politik“: Hannah Arendt, Wahrheit und Politik. In: Dies., Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I. München 1994, S. 327-370, hier S. 341.